



Bundesamt  
für Sicherheit in der  
Informationstechnik

THÜR. LANDTAG POST  
31.05.2023 11:32

14606/2023

Deutschland  
Digital•Sicher•BSI

## Der Vizepräsident

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, 53175 Bonn

Thüringer Landtag

- Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz -

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

- per E-Mail -

## Den Mitgliedern des AfMJV

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2614NF

zu Drs. 7/6771

Dr. Gerhard Schabhüser  
Bundesamt für Sicherheit in der  
Informationstechnik

Godesberger Allee 185-189  
53175 Bonn

Postanschrift:  
Postfach 20 03 63  
53133 Bonn

**Betreff: Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und  
Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften  
(ThürITGerStG)**

[www.bsi.bund.de](http://www.bsi.bund.de)

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.03.2023, Drs. 7/6771

Az.: BL13 – 001 00 08/001

Datum: 30.05.2023

Seite 1 von 3

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Möller,  
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
Sehr geehrte Frau Ruffert,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfs und die Möglichkeit einer Stellungnahme. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unterstützt und fördert die Cyber-Sicherheit im Kontext der Digitalisierung der Verwaltung im Bund und in den Ländern. Die besonderen Herausforderungen der digitalen Transformation für eine unabhängige Justiz sind dem BSI bewusst. Wir begrüßen das Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG) als wichtige Maßnahme zur rechtssicheren Organisation der Informations- und Kommunikationsdienste der Thüringer Justiz.

Auch im Hinblick auf die aktuelle Rechtslage sind die Ressourcen für die Unterstützung der Länder des BSI insbes. aufgrund von verfassungsrechtlicher Schranken begrenzt. Eine juristische Detailwürdigung des Gesetzentwurfs ist daher leider nicht möglich. Gerne möchte ich jedoch zu den Aspekten der Informationssicherheit im vorliegenden Gesetzentwurf Stellung nehmen:



### **1.) Organisatorische Rahmenbedingungen**

Mit dem ThürITGerStG werden Rahmenbedingungen sowie die Abgrenzung von Zuständigkeiten zur Erbringung von IT-Diensten für die Thüringer Justiz definiert. Dies wird als Voraussetzung für die Ausbildung sicherer und leistungsfähiger IT-Dienste angesehen. Die im Entwurf beschriebenen Herausforderungen auch mit Blick auf die Informationssicherheit können durch Bündelung besser bewältigt werden.

### **2.) Verankerung des ISMS als Bestandteil in der Organisation**

In der Organisation sollte deutlicher das Informationssicherheitsmanagement (ISM) als verpflichtender Bestandteil verankert werden. Neben der Benennung in den Zuständigkeiten des Ministeriums (vgl. § 4) sollte auch eine Einbeziehung des ISM in die Kontrollkommission geprüft werden.

### **3.) Sicherstellung der Unabhängigkeit der Justiz bei Outsourcing**

Die Unabhängigkeit der Justiz sollte im Rahmen der Sicherheitskonzeption ausdrücklich berücksichtigt werden. Wenn Dienstleister beauftragt werden, wie bspw. im Gesetzentwurf in § 3, § 4 und § 8 beschrieben, sollten entsprechende Steuerungsmöglichkeiten der Justiz bspw. durch die Umsetzung der BSI-Standards für Outsourcing sichergestellt werden. Gemäß des BSI IT-Grundschutzes verbleibt die Verantwortung aus Sicht der Informationssicherheit stets bei der auslagernden Institution. Informationen dazu finden Sie im BSI IT-Grundschutz Kompendium im Baustein OPS 2.3 Nutzung von Outsourcing. Weitere Hinweise finden Sie auch im Mindeststandard des BSI zur Nutzung externer Cloud-Dienste. Ich weise jedoch darauf hin, dass die darin beschriebenen Mindeststandards für die Sicherheit der Informationstechnik des Bundes und für die Länder nicht per se verbindlich gelten.

### **4.) Erhebung von Logdateien**

Die Erhebung von Logdateien ist auch nach BSI IT-Grundschutz eine notwendige Vorsorge für die IT-Forensik. Bei der Aufklärung von Sicherheitsvorfällen sind regelmäßig forensische Untersuchungen erforderlich. Metadaten, Logdateien und Protokolle sind für diese Aufklärung von zentraler Bedeutung und müssen hierfür ggf. an beauftragte Forensik-Dienstleister weitergegeben werden können. Die Bestimmungen in § 8 des Gesetzentwurfs sollten eine solche Weitergabe ermöglichen.



Seite 3 von 3

Falls es Ihrerseits zukünftig weitere konkrete Fragen zur Cyber-Sicherheit geben sollte, kommen Sie gerne wieder auf das BSI zu. Die Kolleginnen und Kollegen der Informationssicherheitsberatung stehen Ihnen dazu vertrauensvoll unter: [sicherheitsberatung-politik@bsi.bund.de](mailto:sicherheitsberatung-politik@bsi.bund.de) zur Verfügung. Auch stehen mein Haus und ich gerne für sämtliche Fragen rund um die angestrebte Zentralstellenfunktion zur Verfügung. Diese würde es ermöglichen, die Zusammenarbeit zwischen dem BSI und dem Land Thüringen dauerhaft zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerhard Schabhüser